

IA12 Wirtschaftliche Entwicklung stärken, Menschenrechte schützen – Für eine neue Ausrichtung der europäischen Außen- und Entwicklungspolitik in den Maghreb-Staaten

Gremium: JEF NRW
Beschlussdatum: 04.09.2024

Antragstext

1 Die Situation in den Maghreb-Staaten (Marokko, Algerien, Libyen und Mauretanien)
2 hat sich in den letzten Jahren stark verändert, die anfängliche Euphorie des
3 Arabischen Frühlings ist schon lange verfliegen. Die JEF Deutschland hat im Jahre
4 2011 folgenden Beschluss gefasst: "Die JEF begrüßen den Demokratisierungsprozess
5 und fordern gerechte Entwicklungschancen für den Maghreb." Dieser spiegelt die
6 seitdem zunehmend veränderte Lage in den Staaten des Maghreb nicht mehr wider.
7 Die Menschenrechtssituation in Algerien und Marokko hat sich nicht verbessert
8 und in Libyen haben sich nach einem blutigen Bürgerkrieg zwei Herrschaftsgebiete
9 etabliert, eines unter der international anerkannten Regierung und eines unter
10 General Haftar. In Tunesien wurde das Parlament entmachtet, die staatlichen
11 Autoritäten gehen massiv gegen Kandidaten der Opposition vor. Der Status der
12 Westsahara ist seit vielen Jahren ungelöst. Insbesondere die Rolle der UN-
13 Friedensmission MINUSRO wird dabei zunehmend schwächer. Die politische und
14 soziale Situation in dieser Region ist ein wichtiger Faktor für die regionale
15 Stabilität.

16 Gleichzeitig ist es wichtig, die wirtschaftliche Entwicklung in den Staaten der
17 Maghreb-Region zu stärken, um vor allem jungen Menschen eine Perspektive in
18 ihrer Heimat zu geben. Besonders der Energiesektor zeigt das Potenzial einer
19 engeren wirtschaftlichen Beziehung zu unseren südlichen Nachbarländern. Dieser
20 Antrag fordert die EU auf, ihren Einfluss zu nutzen, um sowohl die politische,
21 soziale und wirtschaftliche Situation mit ihren Partner:innen gemeinsam zu
22 verbessern und Beziehungen auf Augenhöhe sicherzustellen. Dabei soll er nicht
23 die aktuelle Beschlusslage der JEF Deutschland zum Thema Asyl und Migration
24 ändern. Vielmehr soll hierbei der Einsatz für gute außen- und
25 entwicklungspolitische Beziehungen zwischen der EU und den Maghreb-Staaten im
26 Vordergrund stehen.

27 **Der Bundeskongress der JEF Deutschland möge daher beschließen, die EU**
28 **aufzufordern:**

- 29 1. die Menschenrechtsverletzungen in den Maghreb-Staaten, insbesondere die
30 Verstöße gegen die Meinungs- und Pressefreiheit, zu verurteilen und die
31 Maghreb-Staaten aktiv zu bewegen, diese einzudämmen.

- 32 2. den UN-Plan für die Westsahara von 1991 zu unterstützen, die Verhandlungen
33 zwischen Marokko und der Westsahara mit dem Ziel einer Entkolonialisierung
34 weiterzuverfolgen, sowie sich dafür einzusetzen, das Mandat der UN-Mission
35 MINURSO auszuweiten. Die UN muss zusätzlich das Mandat besitzen, die
36 Einhaltung der Menschenrechte in der Westsahara sicherzustellen!

- 37 3. den politischen Druck auf Algerien zu erhöhen, eine Beobachtungsmission
38 bezüglich der dort 2026 stattfindenden Parlamentswahlen zuzulassen.
39 Zusätzlich erwarten wir von der EU, Algerien dazu aufzufordern, eine
40 Beobachtermission der Afrikanischen Union (AU) zu erlauben, um die dortige
41 rechtsstaatliche Lage zu beobachten und die Einhaltung der Menschenrechte,
42 insbesondere der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sowie die
43 Durchsetzung der Rechte von Geflüchteten sicherzustellen.

- 44 4. sich für einen Blauhelm-Einsatz in Libyen auszusprechen und Verhandlungen
45 zwischen der international anerkannten Regierung und der Haftar-Miliz
46 unter Leitung der UN zu unterstützen. Dabei soll sich die EU weiterhin für
47 die staatliche Einheit Libyens einsetzen.

- 48 5. die finanziellen Mittel für den Bereich Migration und Mobilität der
49 "Vereinbarung über eine strategische und umfassende Partnerschaft zwischen
50 der EU und Tunesien" einzufrieren, solange Tunesien keine Wahlen unter
51 Berücksichtigung demokratischer Grundsätze durchführt.

- 52 6. Bildungsprojekte in Mauretanien stärker zu fördern, um die jüngsten
53 Fortschritte in der Alphabetisierung weiter voranzutreiben. Dabei soll der
54 Fokus auf wirtschaftlich und sozial benachteiligte Gruppen liegen.

- 55 7. die Entwicklungshilfen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in den Maghreb-
56 Staaten für Demokratisierung, die Rechte von Frauen und anderen
57 marginalisierten Gruppen, Pressefreiheit und den Schutz von Geflüchteten
58 zu intensivieren. Dabei betonen wir die Bedeutung von
59 zivilgesellschaftlichen Akteuren.

- 60 8. bei einer weiteren Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation,
61 Sanktionen gegen die Maghreb-Staaten zu verhängen (z.B. Smart Sanctions
62 gegen Entscheidungsträger:innen).
- 63 9. die Maghreb-Staaten beim Aufbau einer starken und zuverlässigen Wirtschaft
64 zu unterstützen. Dies ist neben dem Schutz der Menschenrechte und der
65 politischen Stabilität eine Säule für die positive Entwicklung der Region.
66 Insbesondere möge die EU Energiepartnerschaften mit den Maghreb-Staaten
67 eingehen. Dabei soll der Fokus auf dem Ausbau von erneuerbaren Energien,
68 v.a. Solar- und Windkraft, liegen. Um den Maghreb-Staaten den Zugang zum
69 europäischen Strommarkt zu ermöglichen, fordern wir den Ausbau von
70 Hochspannungsgleichstromleitungen (HVDC), mit denen Strom über große
71 Instanzen transportiert werden kann.
- 72 10. basierend auf ersten vielversprechenden Entdeckungen größerer Vorkommen an
73 sogenannten Seltenen Erden in Marokko, ein strategisches Abkommen zur
74 Erkundung und Förderung Seltener Erden mit den Maghreb-Staaten zu
75 schließen.
- 76 11. für die Bekämpfung von Fluchtursachen und im Angesicht des weltweiten
77 Kampfes gegen den fundamentalistischen Terrorismus, gemeinsam mit den
78 Maghreb-Staaten und lokal gefestigten Akteur:innen eine Allianz gegen den
79 Terrorismus zu bilden. Dies beinhaltet eine engere Zusammenarbeit der
80 Geheimdienste, Regierungen und internationalen Organisationen,
81 insbesondere der Afrikanischen Union. Gleichzeitig darf diese
82 Zusammenarbeit nicht zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der
83 Bevölkerung in den Maghreb-Staaten führen, etwa durch die Verfolgung von
84 Oppositionellen. Wir fordern daher, dass die EU gleichzeitig auch wirksame
85 Mechanismen einführt, um das Missbrauchspotenzial solcher geteilten
86 Informationen zu minimieren.

Begründung

Die politische und menschenrechtliche Situation in den Maghreb-Staaten hat sich seit dem Arabischen Frühling deutlich verschlechtert. In Ländern wie Algerien, Marokko und Tunesien werden Meinungs- und Pressefreiheit massiv eingeschränkt, und in Libyen herrscht ein langwieriger Bürgerkrieg. Angesichts dieser Entwicklungen ist es dringend notwendig, dass die JEF Deutschland ihre Beschlusslage zu diesem Thema aktualisiert und sich dafür stark macht, dass die Außen- und Entwicklungspolitik der EU-Mitgliedstaaten zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in dieser Region beitragen.

Eine Unterstützung des UN-Plans zur Lösung des Konflikts in der Westsahara ist essentiell für die regionale Stabilität. Gleichzeitig muss die EU wirtschaftliche Partnerschaften fördern, insbesondere im Energiesektor, um die wirtschaftliche Entwicklung und Perspektiven für die junge Bevölkerung in der Region zu stärken. Die EU sollte zudem ihre Entwicklungszusammenarbeit intensivieren, um Bildungsprojekte, die Förderung von Frauenrechten und die Durchsetzung der Pressefreiheit zu unterstützen.

Auch für die öffentliche Sicherheit und zur Bekämpfung des Terrorismus auf der Welt ist eine enge Zusammenarbeit mit den Maghreb-Staaten und weiteren internationalen Partnern unerlässlich. Nur durch einen ganzheitlichen Ansatz können wir zur Stabilisierung der Region beitragen und die Menschenrechte wirksam schützen.